

## 332903-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen in Verbindung mit Software – Nutzung eines Prüfungssystems zur Abnahme der Ersten Juristischen Staatsprüfung in Bayern

OJ S 99/2025 23/05/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Freistaat Bayern, vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Justiz

E-Mail: [vergabestelle@olg-m.bayern.de](mailto:vergabestelle@olg-m.bayern.de)

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: Nutzung eines Prüfungssystems zur Abnahme der Ersten Juristischen Staatsprüfung in Bayern

Beschreibung: Der Auftraggeber benötigt für jährlich zwei Prüfungszeiträume zeitlich befristet mobile Prüfungssysteme gleichzeitig an derzeit 7 Prüfungsorten in Bayern. Dieses umfasst insbesondere die erforderliche Anzahl von mit einer speziellen Prüfungssoftware ausgestatteten Endgeräten (Laptops bzw. Clients) und Powerbanks sowie die gesamte Infrastrukturhardware samt Zubehör, die für den Prüfungsbetrieb und die Sicherung der Klausurdateien erforderlich ist. Weiterhin soll vom Auftragnehmer auch die An- und Ablieferung inklusive des Auf- und Abbaus der Prüfungsarbeitsplätze sowie die Herbeiführung, Aufrechterhaltung und Absicherung der Betriebsbereitschaft sowie der technische Support während der Prüfung und die anschließende Übergabe der Prüfungsdaten in digitaler Form an den Auftraggeber geleistet werden.

Kennung des Verfahrens: 574eeb88-c37e-43ce-94c1-39617a9d7bac

Interne Kennung: 2025000195

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

##### 2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72260000 Dienstleistungen in Verbindung mit Software

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72268000 Bereitstellung von Software, 72600000 Computerunterstützung und -beratung, 72710000 Lokalnnetz

##### 2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: an derzeit 7 Prüfungsorten in Bayern

Postleitzahl: 80335

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

#### **2.1.4. Allgemeine Informationen**

##### **Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

#### **2.1.6. Ausschlussgründe**

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

## **5. Los**

---

### **5.1. Los: LOT-0001**

Titel: Nutzung eines Prüfungssystems zur Abnahme der Ersten Juristischen Staatsprüfung in Bayern

Beschreibung: Der Auftraggeber benötigt für jährlich zwei Prüfungszeiträume zeitlich befristet mobile Prüfungssysteme gleichzeitig an derzeit 7 Prüfungsorten in Bayern. Dieses umfasst insbesondere die erforderliche Anzahl von mit einer speziellen Prüfungssoftware ausgestatteten Endgeräten (Laptops bzw. Clients) und Powerbanks sowie die gesamte Infrastrukturhardware samt Zubehör, die für den Prüfungsbetrieb und die Sicherung der Klausurdateien erforderlich ist. Weiterhin soll vom Auftragnehmer auch die An- und Ablieferung inklusive des Auf- und Abbaus der Prüfungsarbeitsplätze sowie die Herbeiführung, Aufrechterhaltung und Absicherung der Betriebsbereitschaft sowie der technische Support während der Prüfung und die anschließende Übergabe der Prüfungsdaten in digitaler Form an den Auftraggeber geleistet werden.

Interne Kennung: 535585ab-beb5-48ba-9b1e-777f60c7f5ed

#### **5.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72260000 Dienstleistungen in Verbindung mit Software

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72268000 Bereitstellung von Software, 72600000

Computerunterstützung und -beratung, 72710000 Lokalnetz

##### **Optionen:**

Beschreibung der Optionen: Der Vertrag enthält mehrere Optionen, wie z. B. optionale Zuschläge zur bedarfsweisen Erweiterung der Prüfungsstandorte, optionale Ausstattung der Prüfungsarbeitsplätze mit externen, akkubetriebenen Bildschirmen, optionale Zuschläge für die Bereitstellung Prüfungs- und prüflingsbezogenen Datensätzen, optionale einrichtung eines weiteren Datenformates für die Übergabe, optionale Preise für die Erstellung eines weiteren Ablaufplanes für hinzukommende Prüfungsstandorte bzw. die Ergänzung eines schon bestehenden Ablaufplanes sowie der optionale Abruf von Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei Anfechtung von Prüfungsergebnissen. Verlängerung: Lt. Vertrag hat der Auftraggeber das Recht, den Vertrag für den Zeitraum von bis zu einem Jahr und 6 Monate (bis zu drei Prüfungstermine) zu verlängern. Die Verlängerung erfolgt durch eine schriftliche Mitteilung an den Auftragnehmer spätestens 6 Monate vor Ablauf der ursprünglichen Vertragslaufzeit. In der Mitteilung ist die gewünschte Verlängerungsdauer anzugeben. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Verlängerung in mehreren Teilabschnitten geltend zu machen.

#### **5.1.3. Geschätzte Dauer**

Andere Laufzeit: Unbekannt

#### **5.1.4. Verlängerung**

Maximale Verlängerungen: 1

#### **5.1.6. Allgemeine Informationen**

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Angabe der Höchstmengen: 1.1 Prüfungsarbeitsplätze: max.

106.400 Tage - geschätzt: 86.400 1.2 Betrieb des Servers sowie Support je zusätzlichem

Prüfungsstandort an einem Prüfungsort: max. 300 Tage 1.3 zusätzlicher Support ohne

zusätzlichem Server je zusätzlichem Prüfungsraum an einem Prüfungsstandort: max. 300

Tage 1.4 Bereitstellung eines externen, akkubetriebenen Bildschirms je Prüfungsarbeitsplatz

pro Tag: max. 10.000 Tage 1.5 Bereitstellung von Prüfungs- und prüflingsbezogenen

Datensätzen, siehe Anforderung [A-04-31] in der Leistungsbeschreibung je

Prüfungsarbeitsplatz pro Tag: max. 10.000 Tage 1.6 Durchführung einer zusätzlichen Prüfung

(Ersatzklausur) je Prüfungsarbeitsplatz pro Tag: 1.600 Tage Angaben zur Verlängerung der

Rahmenvereinbarung: Aus Gründen der notwendigen Planungssicherheit ist es unabdingbar,

dass der im Wege der Ausschreibung gewonnene Auftragnehmer über einen Zeitraum von

dreieinhalb Jahren zuzüglich einer Option von weiteren eineinhalb Jahren für die

Unterstützung bei der Durchführung der Ersten Juristischen Staatsprüfung zur Verfügung

steht. Allerdings ist ein sofortiger Start des Echtbetriebs in der Ersten Juristischen

Staatsprüfung aufgrund der hohen Anzahl an Prüfungsteilnehmern und Prüfungsorten in

Bayern und der hierdurch bedingten Komplexität des Projekts sowie im Hinblick auf die

gravierenden Folgen etwaiger technischer Störungen in der Prüfung nicht bereits unmittelbar

ab dem Zuschlag möglich. Angesichts der bayernweiten Verteilung der Prüfung auf sieben

Prüfungsorte und die insgesamt hohen Teilnehmerzahlen ist es für einen reibungslosen Ablauf

erforderlich, dass zunächst gemeinsam mit dem Auftragnehmer und den für die Organisation

der schriftlichen Prüfungen vor Ort zu-ständigen örtlichen Prüfungsleitern ausführliche

Ablaufpläne entwickelt werden, die der Durchführung des Prüfungsbetriebs sodann zugrunde

gelegt werden können. Hinzu kommt, dass vor einem Echteinsatz zunächst noch eine

Pilotierung durchgeführt werden muss, um insbeson-dere bei hohen Teilnehmerzahlen ggf.

auf tretende technische Probleme rechtzeitig erkennen und abstellen zu können, damit

verlässlich sichergestellt ist, dass das Verfahren im Echtbetrieb stabil laufen wird. Außer-dem

muss den Prüfungsteilnehmern mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf eine Demoversion der

Prüfungssoftware zur Eingewöhnung zur Verfügung gestellt werden. Deswegen ist es

erforderlich, vor dem Start des Echtbetriebs zunächst noch eine Vorbereitungsphase

vorzusehen. Der Echtbetrieb in der schriftlichen Prüfung soll sodann in der Ersten Juristi-

schen Staatsprüfung 2026/2 (9. - 16. September 2026) erfolgen.

#### **5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

#### **5.1.9. Eignungskriterien**

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: [https://www.evergabe.bayern.de/evergabe.bieter/api](https://www.evergabe.bayern.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/subproject/be68bde8-97c6-491c-9f6d-1b8376b08523/suitabilitycriteria)

[/supplier/external/subproject/be68bde8-97c6-491c-9f6d-1b8376b08523/suitabilitycriteria](https://www.evergabe.bayern.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/subproject/be68bde8-97c6-491c-9f6d-1b8376b08523/suitabilitycriteria) Alle

Kriterien sind zu beantworten; Formulare müssen unverändert verwendet werden. - Kriterien

mit [A] müssen erfüllt / beantwortet werden, - Kriterien mit [B] sind zu beantworten und werden

einer Bewertung unterzogen, - Kriterien mit [I] dienen zur Information und werden nicht

bewertet; sie sind zwecks Vollständigkeit aber zu beantworten. 1. statistische Angaben K1.1: [I] Geben Sie die Größe des Unternehmens an. 2. Eigenerklärungen: K2.1: [A] Die Eigenerklärung habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt. - Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden. - Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt. - Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende menschen-, umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt. werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet. werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden. - Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt. - Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist. - Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken. - Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG und § 98c AufenthG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiLoG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt. K2.2: [A] Die Eigenerklärung (RUS) habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt. 1. Der / die Bewerber / Bieter gehört / gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, a. durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers / Bieters in Russland, b. durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber / Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %, c. durch das Handeln der Bewerber / Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und / oder b zutrifft. 2. Es wird bestätigt, dass die am Auftrag beteiligten Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des

Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören. 3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, die zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt. K2.3: [I]: Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte, warum diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen. Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss. Sie können ausführlichere Angaben zum Sachverhalt auch im Arbeitsschritt Eigene Anlagen als Dokument hochladen. 3. Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB - nicht vom Bieter zu befüllen - hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 3. Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB - nicht vom Bieter zu befüllen - hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt. 4. Angaben Wettbewerbsregister K4.1: Öffentliche Auftraggeber sind nach § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes ab einer Höhe von 30.000 € verpflichtet, für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anzufordern. K4.2: [I] Name des Unternehmens K4.3: [I] Angaben zur Postanschrift K4.4: [I] Angaben zur Rechtsform K4.5: [I] Registerangaben (inländische oder ausländische Register bzw. Angaben zu Gesellschaftern; ggf. Umsatzsteueridentifikationsnummer) 5. Projektbezogene Eignungskriterien: K5.1: [A] Der Umsatz aus Projekten oder Aufträgen im Bereich Abnahme von elektronischen Prüfungen bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist beträgt in Summe mindestens 0,5 Mio. Euro. (Bei Bewerbungsgemeinschaften genügt es, wenn ihre Mitglieder insgesamt den vorstehend geforderten Mindestumsatz erreichen.) K5.2: [I] Erklärung zum jährlichen Umsatz aus Projekten oder Aufträgen im Bereich Abnahme von elektronischen Prüfungen bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist. Bitte weisen Sie die jährlichen Umsätze auf. K5.3: [I] Erklärung zum jährlichen Gesamtumsatz bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist. K5.4: [A] Der Bewerber verpflichtet sich, auf Anforderung des Auftraggebers entsprechende Jahresabschlüsse der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist einzureichen.

Kriterium: Werkzeuge, Anlagen oder technische Ausrüstung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: K5.5: [B] 400 Punkte | Beschreiben Sie in welchem Umfang Ihr Unternehmen Erfahrung bei der Abnahme von elektronischen Prüfungen gesammelt hat. Berücksichtigen Sie dabei zumindest folgende Teilbereiche: - Einsatz (ggf. Entwicklung) von Prüfungssoftware, - Aufbau von lokalen Netzwerken, - Betriebs- und Serversysteme zur Abnahme von elektronischen Prüfungen, - Bereitstellung von mind. 200 Prüfungsarbeitsplätzen an mind. 3 Prüfungsstandorten zur gleichen Zeit. Gefordert ist eine konkrete und nachvollziehbare Kurzdarstellung der gelösten Aufgaben unter Einbeziehung der genannten Technologien.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 400,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen  
Beschreibung des Auswahlkriteriums: K5.6: [B] 600 Punkte | Vorlage von maximal drei vergleichbaren Projektreferenzen zur Abnahme von elektronischen Prüfungen unter Berücksichtigung der in K5.5 genannten Teilbereiche. Benützen Sie hierfür das Formblatt "Vorlage Referenzprojekte.docx". Die Referenzprojekte müssen dabei folgende Mindestvoraussetzungen haben: - mindestens 3-tägige Prüfungskampagnen, - Lieferung, Aufbau, Betrieb, techn. Support während der Kampagne, Abbau und Abtransport von mind. 200 Prüfungsarbeitsplätzen an mindestens drei Standorten zur gleichen Zeit, - Verwendung einer lokalen Client-Server-Lösung, - Projektlaufzeit mindestens 3 Jahre  
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen  
Gewichtung (Punkte, genau): 600,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft  
Beschreibung des Auswahlkriteriums: K5.7: [A] Es sind durchschnittlich mindestens 20 fest angestellte Mitarbeiter in den vergangenen zwei Kalenderjahren (2023 und 2024) im Bereich der Abnahme von elektronischen Prüfungen tätig gewesen. (Bei Bewerbungsgemeinschaften genügt es, wenn ihre Mitglieder insgesamt die vorstehend geforderte Anzahl an Mitarbeitern erreichen. Ebenfalls ist eine Eignungsleihe über Unterauftragnehmer möglich.) K5.8: [I] Erklärung zur Anzahl an fest angestellten Mitarbeitern, die in den vergangenen zwei Kalenderjahren (2023 und 2024) im Bereich der Abnahme von elektronischen Prüfungen tätig waren.

**Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:**

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

**5.1.10. Zuschlagskriterien**

**Kriterium:**

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

**Kriterium:**

Art: Qualität

Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Kriterienkatalog

Beschreibung: Die Leistungskriterien werden in der Ausschreibungsphase definiert.

**5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 17/06/2025 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe.bayern.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/2db2c1f0-7191-4d6d-b977-1c8fb4a39b94>

**5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

**Verfahrensbedingungen:**

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 14/07/2025

**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe.bayern.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/2db2c1f0-7191-4d6d-b977-1c8fb4a39b94>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 23/06/2025 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

**Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

**5.1.15. Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

**5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Auf folgende Fristen (vgl. § 160 Abs. 3 GWB) wird

besonders hingewiesen: - der Bieter hat von ihm erkannte Verstöße gegen

Vergabevorschriften im Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber innerhalb einer Frist

von 10 Kalendertagen zu rügen; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der

Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung

benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen; - Verstöße

gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind

spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe

gegenüber dem Auftraggeber zu rügen; - Falls der Auftraggeber mitteilt, einer Rüge nicht

abhelfen zu wollen, hat der Bieter die Möglichkeit, die Vergabekammer anzurufen, solange

nicht eine Frist (gerechnet nach dem Eingang der Mitteilung des Auftraggebers) von mehr als

15 Kalendertagen vergangen ist.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Der

Präsident des Oberlandesgerichts München

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Regierung

von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

## 8. Organisationen

---

### 8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Freistaat Bayern, vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Justiz

Registrierungsnummer: 71b91020-cef4-4717-a128-cb76427dac2c

Postanschrift: Prielmayerstraße 7

Stadt: München

Postleitzahl: 80335

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabestelle@olg-m.bayern.de](mailto:vergabestelle@olg-m.bayern.de)

Telefon: +49 89559702

Internetadresse: <https://www.justiz.bayern.de/>

#### **Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

### 8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Registrierungsnummer: d909629c-b7ea-4afa-acf6-a8b05556708c

Postanschrift: Maximilianstr. 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80539

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de](mailto:vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de)

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

Internetadresse: [https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/ueber\\_uns/zentralezustandigkeiten/vergabekammer-suedbayern/index.html](https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/ueber_uns/zentralezustandigkeiten/vergabekammer-suedbayern/index.html)

#### **Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

### 8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Der Präsident des Oberlandesgerichts München

Registrierungsnummer: f0653f3a-e7a9-422f-8563-82216be6b777

Abteilung: Zentrale Vergabestelle

Postanschrift: Denisstr. 3

Stadt: München

Postleitzahl: 80335

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentrale Vergabestelle

E-Mail: [vergabestelle@olg-m.bayern.de](mailto:vergabestelle@olg-m.bayern.de)

Telefon: +49 8955971673

Fax: +49 9621962410981

Internetadresse: <https://www.justiz.bayern.de/gericht/olg/m/>

#### **Rollen dieser Organisation:**

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

## 8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)

Telefon: +49228996100

**Rollen dieser Organisation:**

TED eSender

## 10. Änderung

---

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

2e607a0e-03fe-4015-bee0-77ae2db7f2e8-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

Beschreibung

:

Es wurde der Termin zur voraussichtlichen Abgabe des ersten Angebotes korrigiert.

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 86f6f4b2-b701-4140-b87d-95f832253042 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 22/05/2025 13:39:23 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 332903-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 99/2025

Datum der Veröffentlichung: 23/05/2025